



Gudrun Witter
Telefon: 03681 354-261
e-mail: Gudrun.Witter@statistik.thueringen.de

Gemeindefinanzen in Thüringen 2008

Die Thüringer Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften hatten im Jahr 2008 Ausgaben in Höhe von insgesamt 4,5 Mrd. Euro. Diesen standen Einnahmen von 4,8 Mrd. Euro gegenüber.

Aus dem Saldo zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich in der finanzstatistischen Abgrenzung im Jahr 2008 ein Finanzierungsüberschuss von 282 Mill. Euro.

Die Tilgungsraten der Kommunen am Kreditmarkt lagen mit insgesamt 372 Mill. Euro um 143 Mill. Euro über der Neuaufnahme von Krediten. Der Schuldenstand nach der jährlichen Schuldenstatistik betrug am Ende des Jahres 2 456 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 078 Euro.

Vorbemerkungen

Mit den nachfolgenden Ausführungen soll ein Überblick über das Ergebnis der Kommunalhaushalte im Jahr 2008 gegeben werden.

Basis dafür bilden die Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie der jährlichen Schuldenstatistik, die einen zeitnahen Überblick über die Entwicklung der kommunalen Finanzen vermitteln und eine wichtige Grundlage für wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen bilden.

Im Mittelpunkt stehen die wesentlichen Ausgabe- und Einnahmepositionen der Kommunalhaushalte sowie die Schuldenbewegungen am Kreditmarkt und der aktuelle Schuldenstand.

Die finanzstatistischen Daten werden nach der kommunalen Haushaltssystematik erfasst und aufbereitet.

Zum Berichtskreis gehören alle Städte und Gemeinden sowie die Gemeindeverbände (Verwaltungsgemeinschaften und Landratsämter) des Landes. Grundlage für die Berechnungen je Einwohner bilden die amtlichen Bevölkerungszahlen am 30.6. des jeweiligen Jahres.

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten im Jahr 2008 **Ausgaben** in Höhe von 4 515 Mill. Euro, das waren 1 982 Euro je Einwohner (EW). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Ausgabenanstieg um 149 Mill. Euro oder drei Prozent, der sowohl auf höhere Personal- und Sachinvestitionsausgaben als auch auf höhere Ausgaben für soziale Leistungen und höhere laufende Sachausgaben zurückzuführen ist.

Ausgaben und Einnahmen gestiegen

Im gleichen Zeitraum erhöhten sich auch die kommunalen **Einnahmen**. Sie stiegen um 162 Mill. Euro oder 4 Prozent auf 4 797 Mill. Euro (2 106 Euro je Einwohner).

Neben gestiegenen Steuereinnahmen führten u. a. höhere Landeszuweisungen, die die Kommunen zur Finanzierung der ihnen obliegenden Aufgaben, darunter auch der sozialen Leistungen, erhielten, zur Erhöhung ihrer Einnahmen.

Als Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich ein positiver Finanzierungssaldo von 282 Mill. Euro (2007 = 269 Mill. Euro).

erneut positiver Finanzierungssaldo

Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände ¹⁾

	Gesamtausgaben ¹⁾	Gesamteinnahmen ¹⁾	Finanzierungssaldo (Defizit -, Überschuss +)	
			Mill. Euro	Euro je EW
2006	4 305	4 487	+ 183	+ 79
2007	4 366	4 635	+ 269	+ 117
2008	4 515	4 797	+ 282	+ 124

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

Auf der Ausgabenseite der Kommunalhaushalte bilden die **Personalausgaben** einen gewichtigen Einzelposten. Sie lagen im Jahr 2008 bei 1 187 Mill. Euro oder 521 Euro je Einwohner. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier ein Anstieg um 81 Mill. Euro festzustellen.

Personalausgaben gestiegen

Gründe für diese Entwicklung sind u.a. die erfolgte Ost-West-Angleichung für ausgewählte Entgeltgruppen zum 1.1.2008, der Tarifabschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie die Kommunalisierung von Landesaufgaben (Versorgungs- und Umweltämter).

Gemessen an den Gesamtausgaben lag der Anteil der Personalausgaben mit 26 Prozent um einen Prozentpunkt über dem Vorjahreswert.

Entwicklung der Beschäftigten und der Personalausgaben in den Kernhaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmale		2006	2007	2008
Beschäftigte	Anzahl	31 179	30 979	31 208
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	- 1,4	- 0,6	+ 0,7
Personalausgaben	Mill. Euro	1 110	1 106	1 187
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	- 0,4	- 0,3	+ 7,3

Die Personalausgabenbelastung der einzelnen Körperschaftsgruppen stellte sich wie folgt dar.

Die kreisfreien Städte hatten 24 Prozent ihres Ausgabenvolumens für Löhne und Gehälter aufzuwenden. In den kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften = VG) sowie den Landratsämtern lag die Personal-

ausgabenquote bei 25 bzw. 30 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr war das bei den kreisfreien Städten ein Anstieg um einen Prozentpunkt. In den Landratsämtern war ein Anstieg um zwei Prozentpunkte festzustellen.

In den kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften trat keine Veränderung ein.

Thüringen im Mittelfeld bei Personalausgaben je Einwohner im Vergleich der neuen Länder

Im Vergleich der neuen Bundesländer hatten die Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Personalausgaben je Einwohner mit 521 Euro nach Sachsen (517 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (518 Euro) die drittniedrigsten Kosten. Sie lagen um 36 Euro unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und um 32 Euro unter dem Niveau der Länder des früheren Bundesgebietes. Die Entwicklung der Personalausgaben je Einwohner der neuen Bundesländer wurde auch durch die rückläufige Bevölkerungsentwicklung beeinflusst.

Personalausgaben in Euro je Einwohner

Flächenländer	2006	2007	2008
Sachsen	466	469	517
Mecklenburg-Vorpommern	493	493	518
Thüringen	478	481	521
Sachsen-Anhalt	590	577	611
Brandenburg	584	588	629
neue Bundesländer	517	517	557

Der Anstieg der Personalausgaben je Einwohner setzt sich in allen Gebietskörperschaftsgruppen fort.

Personalausgaben in Euro je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen

Gebietskörperschaftsgruppen	2006	2007	2008	Veränderung 2008 zu 2007 in %
Kreisfreie Städte	496	498	529	+ 6,2
Kreisangehörige Gemeinden (einschl. VG)	279	281	304	+ 8,2
Landkreise	193	194	215	+ 10,8
Gemeinden und Gemeindeverbände	478	481	521	+ 8,3

Ausgaben für den laufenden Sachaufwand gestiegen

Neben den Personalausgaben nimmt der **laufende Sachaufwand** im Verwaltungshaushalt der Kommunen eine wichtige Stelle ein. Hierzu zählen u. a. der gesamte sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand, wie Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Geräte und Ausrüstungsgegenstände, Ausgaben für Mieten und Pachten, Haltung von Fahrzeugen, Schülerbeförderungskosten, Geschäftsausgaben usw.

Im Jahr 2008 mussten die Kommunen dafür insgesamt 806 Mill. Euro aufbringen, im Jahr zuvor waren es 775 Mill. Euro. Dieser Anstieg ist vorrangig auf höhere Kosten für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, die gestiegenen Unterhaltungskosten für Grundstücke und bauliche Anlagen sowie des sonstigen unbeweglichen Vermögens sowie auf höhere Geschäftsausgaben zurückzuführen.

weiterer Anstieg der sozialen Leistungen

Für **soziale Leistungen**, wie Sozialhilfeleistungen, Leistungen der Jugendhilfe, Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie diverse Zahlungen im Rahmen von Hartz IV wurden im Jahr 2008 durch die Gemeinden und Gemeindeverbände 1 060 Mill. Euro ausgegeben.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um mehr als ein Prozent bzw. 13 Mill. Euro.

Bei den Landkreisen und kreisfreien Städten als Träger der Sozialhilfe war ein Anstieg der Sozialhilfeausgaben um 19 Mill. Euro auf insgesamt 387 Mill. Euro zu verzeichnen.

Die Ausgaben für Leistungen der Jugendhilfe lagen mit 133 Mill. Euro um 6 Mill. Euro über dem Vorjahresniveau.

Die Leistungen nach dem Gesetz über eine bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung stiegen gegenüber dem Jahr zuvor um mehr als 5 Mill. Euro und erreichten damit ein Volumen von 52 Mill. Euro.

Für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurden mit insgesamt 14 Mill. Euro 4 Mill. Euro weniger gezahlt als im Vorjahr.

Maßgeblich beeinflusst wurde die Entwicklung der Ausgaben für soziale Leistungen durch die Zahlungen der kreisfreien Städte und Landkreise in Form von Leistungsbeteiligungen zum ALG II an die Arbeitsgemeinschaften in Höhe von 336 Mill. Euro (- 60 Mill. Euro) sowie durch direkt gezahlte Leistungen an Arbeitsuchende in Höhe von 105 Mill. Euro (+ 40 Mill. Euro).

Die sonstigen sozialen Leistungen, zu denen neben den Ausgaben für Seniorenbetreuung und 1-Euro-Jobs u. a. Zahlungen nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sowie dem Berufsrehabilitationsgesetz gehören, betrugen 34 Mill. Euro und somit 8 Mill. Euro mehr als im Jahr zuvor.

Die Ausgaben für **Sachinvestitionen**, die nach permanenten Rückgängen in den zurückliegenden Jahren im Jahr 2006 erstmals wieder gestiegen waren, wurden im Jahr 2007 wieder auf 668 Mill. Euro zurückgefahren, stiegen jedoch im Jahr 2008 erneut an.

Ausgaben für Sachinvestitionen erneut gestiegen

Ausgaben für Sachinvestitionen in Mill. Euro

	2006	2007	2008
Baumaßnahmen	604	591	582
Erwerb von Sachvermögen	90	76	107
Sachinvestitionen insgesamt	694	668	689
Veränderung zum Vorjahr %	+ 13,7	- 3,8	+ 3,2

Es wurden 21 Mill. Euro mehr investiert als im Jahr zuvor. Insgesamt gaben die Gemeinden und Gemeindeverbände 689 Mill. Euro für Sachinvestitionen aus.

Davon war bei den Ausgaben für Baumaßnahmen zwar ein Rückgang um fast 10 Mill. Euro oder 2 Prozent auf insgesamt 582 Mill. Euro zu verzeichnen, die Ausgaben für den Erwerb von Sachvermögen stiegen dagegen um 31 Mill. Euro auf 107 Mill. Euro an.

In den einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen stellt sich die Entwicklung zum Vorjahr wie folgt dar.

Die Ausgaben für Sachinvestitionen sanken in den sechs kreisfreien Städten um 24 Mill. Euro bzw. 22 Prozent. Die Gemeinden einschließlich ihrer Verwaltungsgemeinschaften tätigten Investitionen, die um 37 Mill. Euro (+ 8 Prozent) höher waren als im Vorjahr. Bei den Landratsämtern war ein Anstieg in Höhe von 8 Mill. Euro (+ 9 Prozent) zu verzeichnen.

Als eine Unterposition von den Sachinvestitionen erfuhren die Ausgaben für Baumaßnahmen einen Rückgang um 10 Mill. Euro.

An dieser Entwicklung waren die sechs kreisfreien Städte mit 26 Mill. Euro beteiligt, während die Gemeinden/VG und Landratsämter ihre Ausgaben für Baumaßnahmen gegenüber dem Vorjahr um 13 Mill. Euro bzw. 4 Mill. Euro erhöhen konnten.

Beim Erwerb von Sachvermögen als zweite Unterposition von den Sachinvestitionen war in allen drei Gebietskörperschaftsgruppen ein Anstieg festzustellen.

Hier tätigten die Gemeinden/VG Mehrausgaben in Höhe von 25 Mill. Euro. Die Landratsämter gaben 4 Mill. Euro und die kreisfreien Städte 2 Mill. Euro mehr für den Vermögenserwerb aus.

Die Sachinvestitionsquote (Ausgaben für Sachinvestitionen gemessen an den Gesamtausgaben) lag im Jahr 2008 bei 15 Prozent. Sie lag damit zwei Prozentpunkte über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und drei Prozentpunkte über dem des früheren Bundesgebietes.

Von den für Baumaßnahmen verausgabten 582 Mill. Euro entfielen knapp drei Viertel (425 Mill. Euro) auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften; die übrigen Mittel auf die Landkreise (85 Mill. Euro) und kreisfreien Städte (72 Mill. Euro). Ein Blick auf einzelne Aufgabenbereiche zeigt, dass knapp zwei Drittel der gesamten Bauausgaben für Schulen, Städteplanung, Straßen, die Abwasserbeseitigung und das allgemeine Grundvermögen eingesetzt wurden.

unterschiedliche Entwicklung bei Bauinvestitionen nach Bereichen

Im Vergleich zum Vorjahr sind unterschiedliche Entwicklungen in den genannten Aufgabenbereichen bei den Bauinvestitionen festzustellen.

Ausgaben für Baumaßnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	2006		2007		2008		Veränderung 2008 zu 2007 in %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Schulen	75	32	68	29	54	24	- 19,9
Städteplanung	107	46	101	44	108	48	+ 7,0
Straßen	176	76	167	73	173	76	+ 3,7
Abwasserbeseitigung	8	3	7	3	5	2	- 27,2
Allgemeines Grundvermögen	42	18	41	18	37	16	- 7,8
Insgesamt	604	260	591	257	582	255	- 1,6

Steuereinnahmen in Höhe der Hälfte des Niveaus der alten Bundesländer

Die **Steuereinnahmen** als wichtigste originäre kommunale Einnahme beliefen sich im Jahr 2008 auf 1 163 Mill. Euro. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen lag bei 24 Prozent (NBL = 24 Prozent, früheres Bundesgebiet = 42 Prozent).

Die Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) erreichte 26 Prozent (NBL = 26 Prozent, früheres Bundesgebiet = 44 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Steuereinnahmen um 171 Mill. Euro (+ 17 Prozent).

Die Entwicklung der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr verlief zwischen den Kommunen ähnlich. Während die sechs kreisfreien Städte mit insgesamt 344 Mill. Euro um 53 Mill. Euro (+ 18 Prozent) höhere Steuereinnahmen als 2007

verbuchten, konnten die kreisangehörigen Gemeinden mit insgesamt 819 Mill. Euro über 117 Mill. Euro mehr einnehmen (+ 17 Prozent).

Gemessen an den anderen neuen Bundesländern nahm Thüringen bei den Steuereinnahmen je Einwohner mit 510 Euro nach Mecklenburg Vorpommern (440 Euro) den vorletzten Platz ein (NBL = 545 Euro; früheres Bundesgebiet = 1 001 Euro) und erreichte damit etwas mehr als die Hälfte des Niveaus der alten Bundesländer.

Steuereinnahmen stiegen zum Vorjahr und erreichten etwas mehr als die Hälfte des Niveaus der alten Bundesländer

Mit einem Anteil von 47 Prozent an den Steuereinnahmen insgesamt war auch im Jahr 2008 die Gewerbesteuer (netto; das heißt, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) mit 544 Mill. Euro die ergiebigste Steuerart (+ 75 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahr).

Aus Grundsteuern flossen im Jahr 2008 mit 177 Mill. Euro knapp eine Million Euro mehr als im Vorjahr in die Gemeindekassen. Aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nahmen die Gemeinden 354 Mill. Euro ein, 92 Mill. Euro mehr als vor Jahresfrist. Weitere Zahlungen in Höhe von 77 Mill. Euro (+3 Mill. Euro) erhielten die Kommunen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer.

Mit 11 Mill. Euro oder einem Prozent der Steuereinnahmen nehmen sich die sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, wie Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer usw. dagegen eher gering aus, wobei mit 5 Mill. Euro die Hundesteuern und mit 4 Mill. Euro die Vergnügungssteuern heraus ragen.

Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuerart	2006		2007		2008		Veränderung 2008 zu 2007 in %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Grundsteuer A + B	178	77	176	77	177	78	+ 0,5
Gewerbesteuer (netto)	426	183	469	204	544	239	+ 16,0
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	214	92	262	114	354	155	+ 35,3
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	66	28	74	32	77	34	+ 3,8
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	11	5	11	5	11	5	- 2,4
Insgesamt	895	385	992	431	1 163	510	+ 17,2

Die **Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb**, zu denen u. a. neben Gebühreneinnahmen und Abgaben auch die Einnahmen aus Mieten und Pachten, Einnahmen aus Verkauf sowie aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben zählen, sind mit insgesamt 592 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahr um nahezu 5 Mill. Euro gesunken.

gesunkene Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Während u. a. die Einnahmen aus Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten um mehr als 9 Mill. Euro stiegen, sanken die Einnahmen aus Verkauf um fast 8 Mill. Euro.

Aus Gewinnanteilen von Unternehmen und aus Konzessionsabgaben nahmen die Kommunen insgesamt 103 Mill. Euro ein, wobei 12 Mill. Euro aus Gewinnanteilen und aus Konzessionsabgaben 2 Mill. Euro weniger in die Gemeindekassen flossen.

Die weiteren Finanzeinnahmen, wie Bußgelder, Säumniszuschläge, waren um mehr als 3 Mill. Euro höher als im Vorjahr.

Um weitere knapp 4 Mill. Euro höher waren die sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, wie Umsatzsteuereinnahmen, Zahlungen aus Schadensfällen, Ersätze für Zins- und Tilgungsleistungen usw.

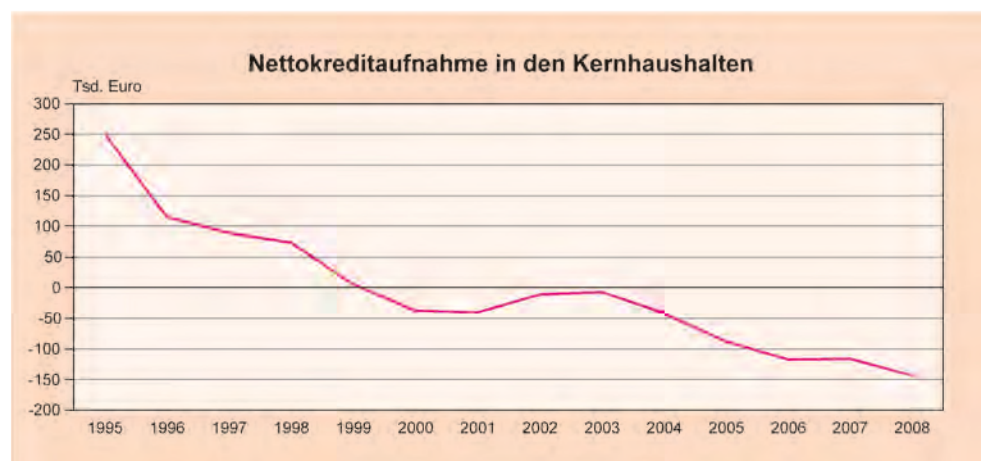
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmal	2006		2007		2008		Veränderung 2008 zu 2007 in %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Gebühren, sonstige Entgelte	300	129	299	130	312	137	+ 4,2
darunter							
Verwaltungsgebühren	57	25	56	24	55	24	- 0,7
Benutzungsgebühren	218	94	217	94	227	99	+ 4,4
Zweckgebundene Abgaben	2	1	3	1	3	1	+ 2,1
Übrige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	163	70	181	79	178	78	- 1,8
darunter							
Einnahmen aus Verkauf	30	13	40	17	32	14	- 19,5
Mieten und Pachten	85	37	88	38	88	39	+ 0,2
Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	98	42	117	51	103	45	- 12,0
Insgesamt	562	242	597	260	592	260	- 0,8

Aufgrund der Sparzwänge der Kommunen war auch ein weiterer Tritt auf die „Schuldenbremse“ unerlässlich, was sich deutlich an der Entwicklung der Nettokreditaufnahme (Schuldenaufnahme am Kreditmarkt minus Schuldentilgung am Kreditmarkt) zeigt.

Die Nettokreditaufnahme belief sich im Jahr 1992 auf 616 Mill. Euro und stieg im Jahr 1993 um weitere 41 Mill. Euro auf insgesamt 657 Mill. Euro an. Von 1994 bis 1998 konnte diese dann sukzessive auf 52 Mill. Euro gesenkt werden.

Schuldentilgungen höher als Neuaufnahmen Im Jahr 1999 lagen die Tilgungsraten erstmals um eine Million Euro über der Neuaufnahme von Krediten. 2008 konnten durch die Thüringer Kommunen bereits 143 Mill. Euro (Vorjahr 118 Mill. Euro) mehr getilgt werden als neue Schulden aufgenommen wurden.



Der **Schuldenstand** belief sich am Ende des Jahres 2008 auf 2 456 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 078 Euro.

Die kreisfreien Städte hatten Ende 2008 einen Schuldenstand von 503 Mill. Euro (906 Euro je Einwohner), die kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) 1 416 Mill. Euro und die Landratsämter waren mit 537 Mill. Euro verschuldet.

Schulden der Gemeinden/Gemeindeverbände

Schulden	2006		2007		2008		Veränderung 2008 zu 2007 in %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	202	87	182	79	228	100	+ 25,5
Schuldentilgung am Kreditmarkt	302	130	300	130	372	163	+ 24,0
Schuldenstand insgesamt	2 721	1 171	2 596	1 128	2 456	1 078	- 5,4
Kassenkredite	102	44	109	48	99	44	- 9,2

Je Einwohner ergibt sich für die kreisangehörigen Gemeinden/VG bzw. für die Landkreise, unter Zugrundelegung der gleichen Bevölkerungszahl, eine Pro-Kopf-Verschuldung von 822 Euro bzw. 312 Euro.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Thüringer Gemeinden/GV mit der der anderen jungen Bundesländer zeigt, dass nicht mehr die Thüringer Gemeinden wie noch 1999 die am höchsten verschuldeten waren, sondern die Gemeinden von Mecklenburg-Vorpommern (1 279 Euro) vor den Gemeinden aus Sachsen-Anhalt (1 218 Euro).

**Thüringer Gemeinden
haben nicht mehr
höchste Pro-Kopf-
Verschuldung**

Danach folgen die Thüringer (1 078 Euro) und dann die sächsischen Gemeinden (876 Euro).

Die Gemeinden Brandenburgs waren am Jahresende mit 645 Euro pro Einwohner verschuldet.

Zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten mussten die Gemeinden und Gemeindeverbände zusätzlich Kassenkredite in Höhe von 99 Mill. Euro in Anspruch nehmen, 10 Mill. Euro bzw. 9 Prozent weniger als im Vorjahr.

**Rückgang bei
Kassenkrediten zur
Liquiditätssicherung**

Die kreisfreien Städte benötigten davon 41 Mill. Euro und somit 4 Mill. Euro weniger als im Jahr 2007.

Die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften nahmen mit 15 Mill. Euro 7 Mill. Euro weniger in Anspruch als im Jahr zuvor.

In den Landratsämtern wurden mit 42 Mill. Euro knapp eine Million Euro mehr beansprucht als vor Jahresfrist.

Angesichts der noch relativ geringen eigenen Einnahmen der Kommunen nehmen die **Landeszuweisungen** nach wie vor einen besonderen Stellenwert ein.

Besonders wichtig für die Gemeinden und Gemeindeverbände sind die Zahlungen der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sowie die Investitionszuweisungen. Im Jahr 2008 erhielten die Thüringer Kommunen Zuweisungen und Zuschüsse für laufende und investive Zwecke vom Land in Höhe von insgesamt 2 654 Mill. Euro. Das waren 52 Mill. Euro weniger als im Jahr zuvor.

Die an die Gemeinden und Landkreise gezahlten Schlüsselzuweisungen vom Land bildeten mit 1 084 Mill. Euro den größten Posten dieser Zuweisungen. Hier war ein Anstieg zum Vorjahr um 20 Mill. Euro festzustellen. Die für die Gemeindeinvestitionen sehr wichtigen Investitionszuweisungen vom Land sanken auf Grund des Wegfalls der Investitionspauschale im Jahr 2008 auf insgesamt 327 Mill. Euro und lagen damit um mehr als ein Fünftel oder 95 Mill. Euro unter dem Vorjahresbetrag.

Im Jahr 2008 wurden 312 Mill. Euro (Vorjahr 331 Mill. Euro) als Leistungsbeteiligung des Landes im Rahmen von Hartz IV an die Gemeinden und Gemeindeverbände gezahlt.

Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an Gemeinden/Gemeindeverbände

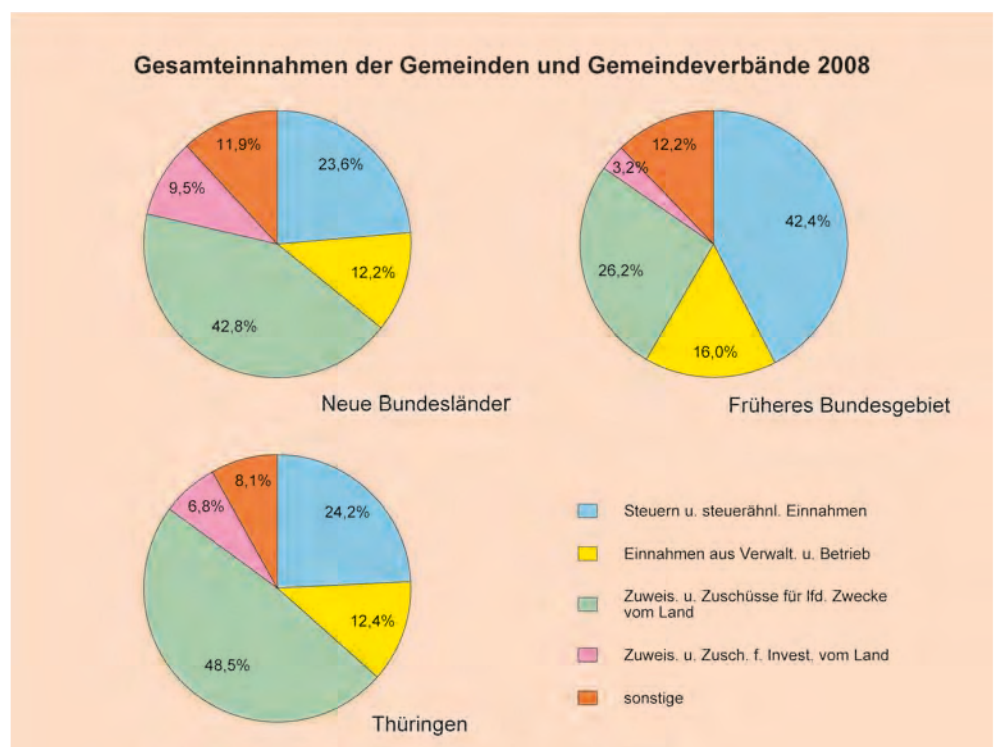
Merkmal	2006		2007		2008		Veränderung 2008 zu 2007 in %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom Land darunter	2 186	941	2 284	993	2 327	1 021	+ 1,9
Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen vom Land	464	200	422	183	327	143	- 22,6
Insgesamt	2 650	1 141	2 706	1 176	2 654	1 165	- 1,9

Weitere 931 Mill. Euro (+ 42 Mill. Euro) wurden als Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Ersätze zum Familienleistungsausgleich, Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts, Bedarfszuweisungen bzw. als sonstige allgemeine Zuweisungen geleistet.

Anteil der Landeszuweisungen in den neuen Ländern wesentlich höher als in den Ländern des früheren Bundesgebietes

In Thüringen kommen 55 Prozent der gemeindlichen Einnahmen aus Landeszuweisungen. Im Durchschnitt der neuen Bundesländer liegt dieser Anteil bei 52 Prozent, in den Ländern des früheren Bundesgebietes entfällt nur ein gutes Viertel auf diese Einnahmequelle. Wesentliche Einnahmequelle der Gemeinden in den Ländern des früheren Bundesgebietes sind die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen (42 Prozent der Gesamteinnahmen), die in den neuen Bundesländern noch eine deutlich geringere Rolle spielen (24 Prozent der Gesamteinnahmen).

Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen hat sich in Thüringen seit Mitte der neunziger Jahre von 10 Prozent sukzessive bis auf den heutigen Anteil von 24 Prozent erhöht.



Angesichts der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Einnahmen aus Landeszuweisungen resultieren, kann abschließend gesagt werden, dass trotz der allmählich aber stetig wachsenden Steuerkraft den Finanztransfers des Landes an die Kommunen nach wie vor eine große Bedeutung zukommt.

Ausgaben und Einnahmen nach Gebietskörperschaftsgruppen

Ausgabe- und Einnahmearten	Gemeinden und Gemeindeverbände			Davon								
				kreisfreie Städte			kreisangehörige Gemeinden einschl. Verwaltungsgemeinschaften			Landkreise		
	2007	2008	Veränderung 2008 gegenüber 2007	2007	2008	Veränderung 2008 gegenüber 2007	2007	2008	Veränderung 2008 gegenüber 2007	2007	2008	Veränderung 2008 gegenüber 2007
	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%
Personalausgaben	1 106	1 187	+ 7,3	277	293	+ 5,9	491	523	+ 6,6	338	370	+ 9,3
Laufender Sachaufwand	775	806	+ 4,0	202	203	+ 0,6	310	329	+ 6,1	263	274	+ 4,1
Soziale Leistungen	1 048	1 060	+ 1,2	327	332	+ 1,6	15	13	- 13,5	706	715	+ 1,3
Zinsausgaben	125	122	- 2,9	27	28	+ 2,7	69	65	- 5,5	29	29	- 2,1
Sachinvestitionen	668	689	+ 3,2	112	87	- 21,9	459	497	+ 8,2	97	105	+ 8,6
Sonstige Ausgaben	1 130	1 175	+ 4,0	259	270	+ 4,2	722	757	+ 4,9	148	147	- 0,6
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	486	523	+ 7,8	5	6	+ 23,4	116	117	+ 0,7	364	400	+ 9,9
Gesamtausgaben ¹⁾	4 366	4 515	+ 3,4	1 199	1 208	+ 0,7	1 949	2 067	+ 6,1	1 217	1 240	+ 1,9
Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	992	1 163	+ 17,2	290	344	+ 18,4	702	819	+ 16,7	-	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom Land davon	2 284	2 327	+ 1,9	605	620	+ 2,5	769	783	+ 1,8	910	925	+ 1,5
Schlüsselzuweisungen	1 064	1 084	+ 1,9	240	241	+ 0,3	559	571	+ 2,3	265	271	+ 2,3
Bedarfs- und sonstige allgemeine Zuweisungen	423	460	+ 8,8	121	141	+ 16,2	85	95	+ 11,8	216	223	+ 3,4
Erstattungen und laufende Zuweisungen	798	784	- 1,8	243	238	- 2,3	125	116	- 7,3	430	430	+ 0,1
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	597	592	- 0,8	164	169	+ 3,4	289	276	- 4,4	145	147	+ 1,7
Zuweisungen für Investitionen vom Land	422	327	- 22,6	97	77	- 20,8	245	201	- 17,8	80	48	- 39,2
Sonstige Einnahmen	825	911	+ 10,4	79	95	+ 19,9	242	267	+ 9,9	504	549	+ 9,1
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	486	523	+ 7,8	5	6	+ 23,4	116	117	+ 0,7	364	400	+ 9,9
Gesamteinnahmen ¹⁾	4 635	4 797	+ 3,5	1 231	1 299	+ 5,5	2 131	2 229	+ 4,6	1 274	1 269	- 0,4
Finanzierungssaldo	269	282	+ 4,7	31	91	+ 189,7	181	162	- 10,7	57	29	- 48,5
Schuldenaufnahme ²⁾ am Kreditmarkt	182	230	+ 26,8	34	49	+ 43,3	133	131	- 1,6	14	50	+ 252,6
Schuldentilgung ²⁾ am Kreditmarkt	300	374	+ 24,8	56	96	+ 70,8	199	193	- 3,0	45	85	+ 90,0
Schuldenstand am 31.12. ²⁾	2 596	2 456	- 5,4	548	503	- 8,3	1 476	1 416	- 4,0	572	537	- 6,1

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

2) Ergebnis nach der jährlichen Schuldenstatistik